

Pressestatement



München, 8. April 2024 – Anlässlich des Runden Tisches Deregulierung und Entbürokratisierung der Bayerischen Staatsregierung am 8. April 2024 im Kuppelsaal der Bayerischen Staatskanzlei in München auf Einladung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder erklärt Dr. Wolfgang Ritter, Landesvorsitzender Bayerischer Hausärzteverband:

„Der Bayerische Hausärzteverband begrüßt die Absicht der Bayerischen Staatsregierung, Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung durch Deregulierung und Entbürokratisierung wieder mehr Freiräume verschaffen zu wollen. Es ist dringend erforderlich, dass Ministerpräsident Dr. Markus Söder diese Themen jetzt auch zur Chefsache gemacht und zu einem Runden Tisch in die Staatskanzlei eingeladen hat.

Hausärztinnen und Hausärzte leiden seit Jahren unter der überbordenden und stetig wachsenden Bürokratie in ihren Praxen. Statt in die medizinische Behandlung und Betreuung der Patientinnen und Patienten fließt immer mehr wertvolle Arbeitszeit von Hausärztinnen und Hausärzten und ihrer Teams in die Beantwortung von Anfragen etwa der Krankenkassen oder des Medizinischen Dienstes und in die Auseinandersetzung mit finanziellen Rückforderungen infolge von Wirtschaftlichkeitsprüfungen oder ähnlichem.

Es ist auch nicht weiter hinnehmbar, dass angesichts des zunehmenden Mangels an Zeit für die ärztliche Tätigkeit fehleranfällige und nicht in der Praxis hinreichend erprobte Digitalisierungsprojekte in den Praxen etabliert werden, für die wir Hausärztinnen und Hausärzte auch noch steigende Preise bei der monopolartig organisierten Software-Industrie bezahlen dürfen. Von der Industrie zur Verfügung gestellte veraltete IT-Komponenten und fehlende offene IT-Schnittstellen behindern immer wieder unsere Praxisabläufe und verhindern oftmals eine moderne Praxisführung.

Wir Hausärztinnen und Hausärzte erwarten daher vom heutigen Runden Tisch in der Staatskanzlei in München konkrete Ergebnisse und Vorschläge, welche Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die Tätigkeit in unseren Praxen auf Landesebene angegangen werden können und für welche Verbesserungen wir gemeinsam auf Bundesebene uns werden einsetzen müssen.“